Nr. 176
A 89
Sonntags-Ausgabe

Berlin

Sonntag, 13. April 1930
V

Vossische Zeitung

Gegründet 1704

20 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereint. Täglich: „Unterhaltungsblatt", „Finanz- und Handelsblatt" — Sonntag: Die illustrierte Beilage „Zeitbilder" und „Literarische Umschau". — Mittwoch: „Reise und Wanderung". — Donnerstag: „Recht und Leben".

Wöchentlich 1 Mark, monatlich 4,30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise: mm-Zeile: 35 Pfennig. Familien-Anzeigen mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Red. (m. Ausn. d. Handelsl.): i. V. Dr. Sven v. Müller, Bln. Unv. Manuskripte werden nur zurückges., wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff (A 7) 3600—3665, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3626—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Alle Steuern bewilligt

Schlußabstimmungen am Montag

Die Mehrheit bei der entscheidenden Abstimmung im Reichstag betrug nach dem amtlichen Ergebnis 12 Stimmen. 217 Abgeordnete stimmten dem Antrag der Regierungsparteien über die Verknüpfung zwischen Agrar- und Finanzgesetzen zu, 205 stimmten dagegen.

Die deutschnationale Fraktion zerfiel in vier Gruppen:

Sechs ihrer Abgeordneten: Graf Eulenburg, Gotheiner, Hergt, Dr. Kleiner, Koch-Düsseldorf und Dr. Preyer beteiligten sich nicht an der Abstimmung.

Abgeordneter Biener gab eine Enthaltungskarte ab.

31 stimmten mit Ja, und zwar die Abgeordneten Bachmann, Bazille, Lingler, Domsch, von Dryander, Fromm, Gerns, Haag, Hampe, Hartmann, Dr. Haßlacher, Hemeter Jandren, Leopold, von Lettow-Vorbeck, Lind, Mengel, Ohler, Dr. Philipp, Dr. Rademacher, Dr. Reichert, von Richthofen, Sachs, Schmidt-Stettin, Schröter-Liegnitz, Schultz-Bromberg, Staffehl, Dr. Strathmann, Vogt-Württemberg, Wallraf, Graf Westarp.

Mit Hugenberg zusammen stimmten insgesamt 23 mit Nein, und zwar die Abgeordneten Dr. Agena, Dr. Bang, Berndt, Bartenwerfer, Dr. Everling, von Freytagh-Loringhoven, von Goldacker, Graef-Thüringen, Dr. Hahnemann, Laverrenz, Frau Lehmann, Frau Müller-Ostfried, Dr. Oberfohren, Dr. Quaaß, Riesberg, Schmidt-Hannover, Seth, Dr. Spahn, Dr. Steiniger, von Stubendorff, von Treilo, Dr. Wiendeck.

Von der sozialdemokratischen Fraktion fehlten 24 Abgeordnete, von denen ein Teil wegen Krankheit oder aus anderen Gründen entschuldigt war.

Von der Deutschen Volkspartei fehlte der Außenminister Curtius, der durch die Unterzeichnung des deutsch-österreichischen Handelsvertrages in Anspruch genommen war.

In der Nachmittagssitzung folgten die Einzel-Abstimmungen. Die Zölle für Benzin und Benzol wurden nach Ablehnung der sozialdemokratischen Aenderungsanträge mit den Stimmen der Regierungsparteien und der Rechten in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen. Ein Antrag der Regierungsparteien auf Wiederaufhebung der im Ausschuß beschlossenen Besteuerung des Petroleums von der Steuer wurde in namentlicher Abstimmung mit 244 gegen 178 Stimmen bei 8 Enthaltungen angenommen.

Das Agrarprogramm der Regierungsparteien wurde in einfacher Abstimmung ebenfalls angenommen. Dagegen stimmten Sozialdemokraten, Kommunisten und von der demokratischen Fraktion die Abgeordneten Lemmer und Rönneburg.

Angenommen wurde ferner eine Entschließung der Regierungsparteien, wonach die Einnahmen aus den Mineralölzöllen für Zwecke des Wege- und Straßenbaues verwendet werden sollen. Angenommen wurde auch die Entschließung der Regierungsparteien, die die baldige Verabschiedung eines Gesetzes über die Osthilfe verlangt.

Die Tabaksteuer wurde in namentlicher Abstimmung mit 241 gegen 184 Stimmen angenommen. Die Zuckersteuer wurde in einfacher Abstimmung angenommen.

Das Kompromiß der Regierungsparteien zur Biersteuer fand mit 215 gegen 208 Stimmen Annahme.

Die Erhöhung der Umsatzsteuer von 0,75 auf 0,85 v. H. wird mit 220 gegen 204 Stimmen beschlossen.

Die Sonderumsatzsteuer für Großbetriebe, die direkt an die Konsumenten liefern, die sogenannte „Warenhaussteuer", wurde mit 214 gegen 204 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Kommissionsbeschlüsse, die nur die Warenhäuser treffen sollten, wurden fallengelassen.

Die Vorlage zur Aenderung des Branntweinmonopols wird nach Ablehnung deutschnationaler Aenderungsanträge angenommen, dazu eine Ausschußentschließung, die Abwehrmaßnahmen gegen die Schädigung des deutschen Weinbaues und der deutschen Branntweinerzeugung durch hochgespritzte Weine und ähnliche Stoffe fordert.

Die Mineralwassersteuer wurde mit 213 gegen 204 Stimmen bei zwei Enthaltungen angenommen. Mit 240 gegen 185 Stimmen fand ein sozialdemokratischer Antrag Ablehnung, der für Krankenhäuser, Heilanstalten, Jugendheime usw. die Befreiung von der Mineralwassersteuer verlangte.

Der sozialistische Antrag, als Notopfer von den Einkommen über 8400 Mark 10 Prozent der Einkommensteuer zu erheben, wurde mit 239 gegen 187 Stimmen abgelehnt.

Schließlich wurde noch über die Sanierung der Arbeitslosenversicherungsanstalt abgestimmt. Der Kompromißvorschlag Meyer-Brüning, dessen Ablehnung durch die Sozialdemokraten zum Sturz des Kabinett Müller geführt hatte, und der vom Kabinett Brüning wieder aufgenommen worden war, wurde im Hammelsprung mit 213:186 Stimmen angenommen. Nach dem Kompromiß ist die Darlehenspflicht des Reiches festgelegt. Die Beiträge sollen aber über 3,5 v. H. nicht erhöht und zum Ausgleich Reformen in die Wege geleitet werden.

Bei der namentlichen Abstimmung über den Mißtrauensantrag der Kommunisten gegen das Kabinett stimmen die Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten geschlossen mit Ja! Bei den Deutschnationalen stimmen der Parteivorsitzende Hugenberg und einige andere Mitglieder mit Ja! Die übrigen Deutschnationalen mit Nein. Der Mißtrauensantrag wird mit 222 gegen 203 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt.

An der vorausgegangenen Aussprache hatten sich nur die Sozialdemokraten und Kommunisten beteiligt. Bemerkenswert war die Ankündigung des sozialdemokratischen Abgeordneten Tarnow, eines Führers des Holzarbeiterverbandes, **daß die Gewerkschaften die Betriebsräte durch Lohnforderungen weitmachen würden.**

Um 7 Uhr vertagt sich das Haus auf Montag, 10 Uhr vorm. Auf der Tagesordnung steht die **dritte Beratung der Deckungsvorlagen.**

(Siehe auch zweite Seite)

Der Umweg

Von

Georg Bernhard

Das Kabinett Brüning ist gerettet. Nach einer Sitzung des Reichstages, in der zum ersten Male seit langer Zeit wieder einmal etwas von wirklicher parlamentarischer Atmosphäre zu verspüren war, hat sich eine Mehrheit für die Regierung ergeben. Eine Mehrheit von wenigen Stimmen, aber doch eine Mehrheit. Ein bißchen hatten ja alle Parteien in der vorausgegangenen Debatte bereits der Möglichkeit einer Auflösung durch wahltaktische Verbrämung ihrer Reden Rechnung getragen. Aber gerade wenn man das in Betracht zieht, so erweist sich, wie sehr alle Redner sich bemühten, die Brücken nicht abzubrechen. Selbst Dr. Breitscheid, der die Abneigung der ehemaligen Koalitionsgenossen des jetzige Reichskanzlers gegen sein neues Kabinett scharf zum Ausdruck brachte, blieb in allem, was er gegen die Regierungsparteien sagte, mäßig genug, um spätere Wiederanknüpfungen nicht unmöglich zu machen. Vielleicht haben sogar seine Ausführungen, durch die die Deutschnationalen in eine sehr unangenehme Situation gebracht wurden, mit dazu beigetragen, noch ein paar Stimmen von Hugenberg zu Brüning zu ziehen. Koch-Weser polemisierte zwar gegen die Sozialdemokraten. Doch auch er wahrte die Form und vermied ängstlich jede verletzende Wendung. Vor allem aber überraschte die sehr prägnante Erklärung des Führers der Deutschen Volkspartei, Dr. Scholz, daß seine Partei die von ihr für richtig erkannten Ziele durchsetzen werde, gleichgültig ob mit links oder mit rechts. Es ist kaum noch ein Kabinett äußerlich so scharf bekämpft und gleichzeitig so sorgsam gepflegt worden wie das Kabinett Brüning. Man hat es mit harten Worten beworfen und in den Taten alles unterlassen, was wirklich zu seinem Sturze hätte führen können.

*

Der Reichstag hat durch diese Handlungsweise an Ansehen in der Oeffentlichkeit nicht gewonnen. Denn von außen betrachtet, sieht es so aus, als ob die meisten Abgeordneten, bevor sie den Stimmzettel ergriffen, immer gebannt auf die „rote Mappe" gestarrt hätten, in der die vom Reichspräsidenten unterschriebene Auflösungsorder ihrer Verlesung harrte. Es sind ja auch in der Presse und im Publikum viel billige Witze gerissen und Vergleiche mit dem Pakel angestellt worden, den der Schullehrer schwingt, um die wilden Rangen in Ordnung zu halten. Man kann es der Außenwelt nicht einmal verdenken, daß sie auf solche Ideen kommt und womöglich gar daran glaubt, daß der drohende Verlust von Freifahrkarte und Diäten den letzten Ausschlag für die Abstimmungen gegeben habe. Denn es ist schon ein tolles Konglomerat von Steuern und agrarischen Maßnahmen, die sich in den Regierungsvorlagen und den Parteikompromissen zusammenfinden, ganz abgesehen von der Verkoppelung nicht zueinander gehöriger Materien in den Zusatzanträgen. Wenn es sich um Einzelentscheidungen gehandelt hätte, ein großer Teil der Bestimmungen, die mit wechselnden kleinen Mehrheiten im Reichstag angenommen wurden, wäre mit erheblicher Majorität abgelehnt worden. Es ist sicher vielen Mitgliedern der Regierungskoalition außerordentlich schwer geworden, für Steuern zu stimmen, die, wie die erhöhte Umsatzsteuer, auf den Großumsatz geradezu als Strafbestimmungen für den wirtschaftlichen Fortschritt gelten müssen. Aber es handelte sich eben gar nicht mehr um eine Abstimmung, bei der Richtigkeit und Zweckmäßigkeit im einzelnen abgewogen werden konnten, sondern um eine staatspolitische Entscheidung von allergrößter Tragweite.

*

Alles, was während dieser letzten Tage im Reichstag geschah, diente lediglich dem einen Zweck: die Auflösung zu vermeiden. Nicht wegen der Abgeordneten, aber um des parlamentarischen Systems willen. Wie es oft im Leben der Staatsmänner einen Augenblick gibt, in dem sie vor die Frage gestellt sind, sich entweder unpopulär zu machen, um sich für später den Einfluß zu erhalten, oder einen populären Augenblickserfolg auszukosten, der sie eine kurze Zeitspanne danach Kopf und Kragen kostet, so war gestern auch eine Schicksalsstunde des deutschen Parlamentarismus. Es wäre sehr billig gewesen, mit starken Worten sich auf Prinzipien zu stützen und hocherhobenen Hauptes die Verlesung der Auflösungsorder anzuhören. Sicher hätte die Presse aller Parteien, die es zur Auflösung brachten, ihre Abgeordneten gefeiert, und wahrscheinlich wären sie bei ihren ersten Wahlreden im Lande

Kodifizierungskonferenz ergebnislos

Im Haag, 12. April / Ullstein-Nachrichtendienst

Die Haager Konferenz zur Kodifizierung des internationalen Rechts, auf der seit Wochen die Delegierten von vierundvierzig Staaten international verbindliche Rechtsabkommen über Staatsangehörigkeit, staatliche Schadenshaftung und die Frage der Küstenmeere zu schaffen versuchten, verläuft ergebnislos.

Die Kommission zur Kodifizierung der Küstenvertrage hat bereits öffentlich erklärt, daß ihre Arbeit zu keinem Ziel geführt habe. Ein Abkommen über staatliche Schadenshaftung enthält nur einen Bruchteil dessen, was die vorbereitende Kommission in Genf erhofft hatte. Die Konvention über die Staatsangehörigkeit bleibt in jedem Falle ein Torso, weil der amerikanische Delegierte Miller in öffentlicher Sitzung die amerikanische Ablehnung des Entwurfs mitteilte, was stürmischen Beifall der auf der Tribüne versammelten amerikanischen Frauenrechtlerinnen auslöste.

So geht die Konferenz sang- und klanglos auseinander.

Abschluß des Deutsch-österreichischen Handelsvertrages

Die deutsch-österreichischen Handelsvertragsverhandlungen, die seit einigen Wochen in Berlin stattgefunden haben, sind gestern zum Abschluß gebracht worden.

Gleichzeitig mit dem Handelsvertrag ist ein Vertrag über die Rechtshilfe in Zollsachen sowie ein Abkommen über den kleinen Grenzverkehr heute unterzeichnet worden.

*

Eine Inhaltsangabe des Vertrages bringt der Handelsteil dieser Ausgabe.